

# Rückkehr zur Energiewende

Atomenergie ist eine Risikotechnologie, die nie vollständig beherrschbar sein wird. Restrisiken durch Naturereignisse, Flugzeugabstürze, terroristische Angriffe jeglicher Art oder durch schlichtes menschliches oder technisches Versagen können in die atomare Katastrophe mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt führen.

Wenn, wie bei der Reaktorkatastrophe in Japan geschehen, das bislang Unvorstellbare zur Realität wird, ist es völlig unbedeutend, welches Ereignis z.B. zum Ausfall der Notstromversorgung führt und so die Kühlung des Reaktors nicht mehr möglich macht. Dies gilt selbst für abgeschaltete Atomkraftwerke bzw. für Brennstäbe, die für viele Jahre in einem Abkühlbecken herunter gekühlt werden müssen.

Neben den Restrisiken bei der Nutzung der Atomenergie stellt die Menge der anfallenden radioaktiven Abfälle ein weiteres Problem dar. Auch die Frage der sicheren Entsorgung bzw. Endlagerung dieser, noch tausend Jahre strahlender Altlasten, muss sich nach Japan einer Neubewertung stellen.

## Regierungszeit von SPD und Grünen 1998 - 2005

Die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2000 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und stattdessen die Energiewende auf den Säulen des Energiesparens, der Energieeffizienz und des Ausbaus Erneuerbarer Energien eingeleitet. Damit wurde ein jahrzehntelanger gesellschaftlicher Großkonflikt beigelegt, der nicht zuletzt durch die Atomschmelzen von Harrisburgh im Jahr 1979 sowie in Tschernobyl im Jahr 1986 ausgelöst wurde. Beide Ereignisse belegten schließlich, dass die Atomenergie nicht vollständig beherrschbar ist. In den vierzig Jahren der Nutzung der Atomenergie gab es bereits drei Mal eine Kernschmelze, die statistisch eigentlich nur alle eintausend Jahre vorkommen sollte.

Flankiert wurde der Ausstiegsbeschluss des Jahres 2000 u.a. durch die Verabschiedung des Erneuerbare Energien Gesetzes, das weltweit als vorbildliches Instrument zur Förderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien im Strombereich gilt.

Die unter Rot-Grün eingeleitete Energiewende beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Stromsektor. Auch in den übrigen Energiesektoren wurden Maßnahmen zur Energiewende eingeleitet. Beispielsweise sei das Marktanreizprogramm (MAP) zum Einsatz Erneuerbarer Energien im Wärmebereich oder das energetische Gebäudesanierungsprogramm genannt.

## Große Koalition 2005 - 2009

In der Großen Koalition war es die SPD, die mit ihrem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel weitere Maßnahmen und Verbesserungen durchsetzte und die energiepolitische Wende vorantrieb. Im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaprogramms wurde so u.a. das

EEG weiter verbessert und an die neuen Ausbaupotentiale und Marktanforderungen angepasst, ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz verabschiedet, das MAP und das Gebäudesanierungsprogramm finanziell massiv aufgestockt, das Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz mit dem Ziel der Verdoppelung des Stromanteils aus KWK weiterentwickelt und ein Programm zur Förderung der Mini- und Mikro-KWK eingeführt.

Die Verabschiedung eines ambitionierten Effizienzgesetzes und die Einführung eines Energieeffizienzfonds scheiterte am Widerstand von CDU/CSU.

Die SPD konnte im Bereich der 380 kV-Leitungen Erleichterungen im Leitungsbau und der Netzregulierung erreichen, scheiterte aber bei Vorschlägen zur vermehrten Erdverkabelung und zu Pilotprojekten für Hochspannungs-Gleichstromleitungen (HGÜ) an CDU und CSU.

### **Regierungszeit von CDU/CSU und FDP seit 2009**

Das „Energiekonzept“ der schwarz-gelben Koalition ist gescheitert, weil es am Ende nur ein Laufzeitverlängerungskonzept wurde, das alles dem Thema Atomenergie unterordnete.

Seit Amtsantritt der derzeitigen Koalition aus CDU/CSU und FDP erleben wir trotz aller wohlklingenden Lippenbekenntnisse, die systematische Behinderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien im Strom- und Wärmemarkt, der KWK oder weitergehender Energieeffizienzmaßnahmen.

Die Bonner SPD fordert:

### **Ausstieg aus der Atomenergie**

1. Die acht ältesten Atomkraftwerke sind sofort und dauerhaft abzuschalten, die restlichen Kraftwerke noch in diesem Jahrzehnt. Für alle Atomkraftwerke sind die bis 2009 entwickelten erhöhten Sicherheitsanforderungen unverzüglich in Kraft zu setzen.
2. Europa braucht gemeinsame, verbindliche Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau für alle Atomkraftwerke. Im Interesse der deutschen Bevölkerung muss die Bundesregierung notfalls auch juristisch gegen Atomkraftwerke vorgehen, die in der Nähe zu Deutschland liegen, deren Sicherheit nicht hinreichend gewährleistet ist und von denen somit ein Risiko ausgeht.
3. Die Stadtwerke müssen den Kurs von erhöhter Eigenproduktion von Strom, des Bezugs von Ökostrom (BonnNatur) und ihre Anstrengungen zur Energieeffizienz fortsetzen, damit die Preise in Bonn stabil bleiben und der Bezug von Atomstrom aus dem Strommix an der Börse spätestens 2015 endet.

### **Energieeffizienz entscheidend voranbringen**

4. Deutschland braucht ein Energieeffizienzgesetz mit konkreten und verbindlichen Maßnahmen, um das Ziel einer Verdopplung der Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 zu erreichen.
5. Durch einen bundesweiten Energieeffizienzfonds sollen einkommensschwache Haushalte Zuschüsse oder Mikrokredite zum Austausch alter und energieintensiver Geräte erhalten, wie wir es in Bonn mit dem Programm BonnKlimaA++ vorgemacht haben. Darüber hinaus soll es Förderprogramme für Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe geben.
6. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm muss zunächst wieder auf 2,25 Milliarden Euro im Jahr (und damit auf dem Stand von 2009) angehoben werden, danach dynamisch auf 5 Milliarden Euro pro Jahr steigen und die mietenneutrale Wärmedämmung von Mietwohnungen als neuen Schwerpunkt bekommen.
7. Aus den Einnahmen des Emissionshandels muss die Schaffung von dezentralen, flexiblen und hocheffizienten Gaskraftwerken wie in Bonn gefördert werden, die den Lastgang der Erneuerbaren Energien unterstützen können.
8. Durch eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes die Stadtwerke in die Lage zu versetzen, aus den Netzerlösen einen lokalen Energieeffizienzfonds zu bilden, der die Strom- und Gaskunden beim Einsparen von Energie unterstützt.

### **Energienetze und –speicher ausbauen**

9. Start eines Innovationsfonds für den Netzausbau und für die Entwicklung von dezentralen Speicherkapazitäten, um den Anteil Erneuerbarer Energien schnell in Richtung 45% bis 2020 und 100% bis 2040 steigern zu können.
10. Vorbereitung strategischer Partnerschaft mit Norwegen, Schweiz und Österreich zur Schaffung von zentralen Stromspeicherkapazitäten
11. Die Netzregulierung muss so gestaltet werden, dass vor allem kommunale Stadtwerke Investitionen in intelligente Netze, Zusammenschalten von Erzeugungsanlagen und Steuerung von Verbrauchern tätigen können.

### **Vorrang für Erneuerbare Energien und Wettbewerb**

12. Das von der SPD entwickelte Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG) muss das zentrale Instrument zum beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien im Strombereich bleiben und weiterentwickelt werden. Wir in Bonn sind stolz darauf, mit der kostengerechten Vergütung Vorbild für das EEG gewesen zu sein.
13. Ein auch in der Praxis durchgesetzter umfassender Einspeisungsvorrang für Erneuerbaren Energien muss bleiben.
14. Einen Entwurf für ein Erneuerbares Energien Wärmegesetz (EEWärmeG) vorzulegen, dass im Falle ohnehin fälliger Sanierungsmaßnahmen oder des Heizungsaustausches den gesamten Gebäudebestand in die Nutzungspflicht einbezieht.

### **Klimaschutzziele umsetzen**

15. Am Ziel einer Verminderung der deutschen Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 und um 80-95% bis 2050 gegenüber 1990 festzuhalten und ein verbindliches deutsches Klimaschutzgesetz vorzulegen, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.
16. Deutschland und die Bundesregierung muss sich in Europa endlich für die sofortige und unkonditionierte Verpflichtung zum 30- Prozent-Ziel einsetzen.